

Affären

VEB in die Selbständigkeit zu entlassen. Bereiche wie Instandhaltung oder Fuhrpark lassen sich leicht privatisieren.

„Wir ermuntern Mitarbeiter, sich als Fuhrunternehmer oder Handwerker selbständig zu machen“, sagt Peter Klopsch, der den Berliner Stammbetrieb des Werkzeugmaschinenkombinats „7. Oktober“ leitet. Sein Unternehmen hilft bei der Kapitalbeschaffung, sorgt für Kredite, organisiert Gewerberäume, zum Teil auf dem Firmengelände. Und es verhilft zu den ersten Aufträgen.

„Aktive Unternehmensgründungen aus dem Betrieb heraus“, wie Klopsch das nennt, sind für die Unternehmen ein Rationalisierungsinstrument. Sie sind jedoch auch eine Art der Mittelstandsförderung.

Zu tun gibt es jedenfalls genug. Das Baugewerbe wird einen gewaltigen Boom erleben, die Telekommunikation hat glänzende Aussichten, handwerkliche Fähigkeiten sind allenthalben gefragt. Der Dienstleistungsbereich der DDR liegt um ein halbes Jahrhundert zurück, bei Banken und Versicherungen werden viele Jobs entstehen.

Langfristig, da sind sich die meisten Ökonomen und Wirtschaftsforscher einig, stehen die Chancen nicht schlecht. Knochenhart jedoch werden die ersten Jahre sein, ohne gewaltige Verwerfungen läßt sich ein solch brutaler Strukturwandel nicht vollziehen. Sie sind unvermeidlich, wenn der Crash-Kurs in Richtung Marktwirtschaft gelingen soll; sie lassen sich abfedern, nicht verhindern. Niemand aber weiß, wie lange diese bittere Phase des Übergangs dauern wird.

Ängstlich und ein wenig apathisch erwarten die Bürger den 1. Juli. Der Lebensstandard der Bundesrepublik, glauben dennoch viele, werde bald erreicht sein, vielleicht schon in ein, zwei Jahren.

Mehr als drei Jahre, meint der Takraf-Chef Grimm, dürfe es nicht dauern, das könne die Industrie nicht durchhalten. „Sonst“, sagt er, „laufen uns die besten Leute weg.“ Aber er weiß auch, daß er auf absehbare Zeit weit weniger als die Firmen im Westen zahlen kann; daß die Löhne nicht schneller steigen dürfen als die Produktivität.

Die Zeit der Illusionen und der Trümereien ist vorbei: Jetzt sind die Rechner dran. In den nächsten Wochen und Monaten wird sich herausstellen, ob die Schock-Therapeuten mit der schnellen Mark-Transfusion nicht doch zuviel riskiert haben; ob der Optimist Helmut Kohl oder der Skeptiker Oskar Lafontaine recht behält.

Dann wird sich in der DDR zeigen, welche Firmen weiter existieren können und welche so heruntergewirtschaftet sind, daß eine Wiederbelebung schiere Geldverschwendung wäre.

„Der 1. Juli“, sagt Takraf-Chef Grimm, „das ist der Scharfrichter.“

Dresden an 1168

Lebenszeichen aus Schalcks Firmenreich: Wie eine Viertelmilliarde Ost-Mark legal in West-Mark gewechselt wird.

Am 27. April versammelten sich in Dresden eine Dame und einige Herren, um ein denkwürdiges Geschäft abzuschließen. Vertreten waren die schweizerische Mini-Aktiengesellschaft Lomer & Co., St. Gallen (Stammkapital: 100 000 Franken), die Ost-„Berliner Import Export GmbH“ (BIEG), ein Wiener Geschäftsmann und die Län-



Kreditnehmerin Rademacher (r.), Chef „Kulturelle Rekonstruktion“

derbank AG, Wien, sowie die Dresdner Stadträtin für Finanzen und Preise, Christel Rademacher.

Die Runde vereinbarte Vertraulichkeit und einen mehrseitigen Darlehensvertrag, der am 2. Mai rechtsgültig wurde: Lomer und die DDR-BIEG gewährten dem Rat der Stadt Dresden ein Darlehen über 225 Millionen Ost-Mark – angeblich für den Bau von „Büro- und Gewerbehäusern“ und für die „Rekonstruktion von kulturellen Einrichtungen“.

Doch der eigentliche Darlehenszweck verbirgt sich weit dahinter, die Heimlichkeit macht Sinn. Denn die BIEG, die zu Honeckers Zeiten mit menschlichem Blut und mit westdeutschen Schuhen handelte, gehörte in der alten DDR zur SED-Spezialabteilung „Kommerzielle Koordinierung“ (KoKo) des Valuta-Eintreibers Alexander Schalck-Golodkowski; hinter Lomer steckt der Wiener Millionär Martin Schlaff, ein erfahrener Ost-West-Kaufmann und Spezialist in Sachen

Holz, und die Wiener Länderbank dient bloß dazu, alles zu bemänteln.

Schalcks alte Firma will unbedingt verbergen, woher die Riesensumme stammt, die sie der Sachsen-Metropole scheinbar generös ausleiht: Die mysteriöse Transaktion macht nur Sinn, wenn es gilt, altes Ost-Geld über den Stichtag der Währungsunion zu bringen und dann alten Freunden etwa in Gregor Gysis PDS mit gewaschenem Geld die Kasse zu füllen.

Seit Monaten schon fürchten PDS-Funktionäre, die neue DDR-Regierung könnte ihr aus SED-Zeiten stammendes Vermögen konfiszieren oder verfallen lassen. Die Ost-Berliner Koalitionsregierung berief eigens eine Kommission, Bonner Unterhändler verabredeten mit Ost-Berliner Experten noch geheime Regeln, um den Umtausch von unrechtmäßig angeschafftem Vermögen in saubere West-Mark zu verhindern.

Und Schalck hatte für Partei und Staat mächtig angeschafft; allein die westdeutschen KoKo-Tarnfirmen machten 1988, dem letzten Jahr einer Bilanz für Schalcks Chef Honecker, über drei Milliarden Umsatz.

Als im Frühjahr 1990 – Schalck hatte sich längst in den Westen abgesetzt – klar wurde, daß die Währungsunion am 1. Juli kommen würde und mit ihr das Ende der Ost-Mark, begannen Überlegungen, wie denn alte Schätze in neue Zeiten hinüberzuretten seien. So wurde der Deal mit dem Darlehen ausgeheckt. Offen bleibt nur, wie Christel Rademacher, früher SED, dann PDS und Ehefrau des früheren Dresdner Stasi-Chefs, ihrem Vorgesetzten Wolfgang Berghofer, der die PDS schon verlassen hatte, ein Ja-Wort abnötigte.

Die Laufzeit des Kredits wurde auf sieben Jahre festgelegt, die Zinsen auf den damals ungemein günstigen Satz von 3,5 Prozent. Die Tilgung, so sieht es der schriftliche Vertrag vor, soll „in 10 Halbjahresraten“ erfolgen, gezahlt wird aufs Konto 6836-17-20 bei der Deutschen Handelsbank in Ost-Berlin. Kontoinhaber: Lomer & Co. Statt des Zahlungsgrundes soll nur ein Zahlenkode genannt werden – „1168“.

In Punkt 3 des Vertrages steht der wichtigste Passus:

Kommt es zu einer Währungsunion zwischen der DDR und der BRD, wird das Darlehen zum Stichtag der Währungsunion zu dem vorgesehenen Umrechnungskurs für Forderungen und Verbindlichkeiten von Kommunen gegenüber der Staatsbank von Mark der DDR auf DM umgerechnet.

Für die Geldgeber ein Bombengeschäft: Solche Kredite werden 1:2, private Guthaben dieser Höhe und solcher Herkunft allenfalls 1:3 getauscht. Macht bis 1997 112,5 Millionen West-Mark auf Konto 6836-17-20.

Hinzu kommen Zinsen. Die steigen nämlich, Punkt 3,3 des Vertrages, vom 2. Juli an auf den Londoner Geldmarktsatz „für 6 Monate minus 0,5 Prozent“. Macht derzeit gut acht Prozent Profit, zusätzlich zum Wechselkurs-Gewinn.

Strafrecht

Historischer Kompromiß

Bonn erwägt, Agenten und Mitarbeiter der Stasi zu amnestieren.

In der Lagebesprechung im Kanzleramt hatten die Geheimdienstchefs, die sonst mit ihren Analysen nur langweilen, Spannendes zu erzählen. Eine stattliche Anzahl von Stasi-Agenten sei in hohen und höchsten politischen Positionen tätig, in den Zentralen und den Fraktionen der Bonner Parteien, in den Ministerien und im Kanzleramt.

Nach Informationen des Kölner Bundesamtes für Verfassungsschutz gehört dazu sogar ein leibhaftiger Staatssekretär, der sich dem einstigen DDR-Ministerium für Staatssicherheit (MfS) als Kundschafter verpflichtet hatte.

Es waren und sind Überläufer aus der DDR, die nach der Wende in ihrem noch real-existierenden Land solche Informationen als Gastgeschenk präsentierten und auf mildere Strafe hoffen. „Die haben erzählt und erzählen weiter“, berichtet Staatsminister Lutz Stavenhagen, der im Kanzleramt für die Koordinierung der Geheimdienste zuständig ist. Nach deren Angaben sind 4000 bis 6000 Stasi-Aufklärer in der Bundesrepublik weggetaucht.

Das geschilderte Ausmaß der Unterwanderung hat die Bundesregierung alarmiert. Ihre Befürchtung: Das Heer der kleinen und großen Stasi-Späher, das seine Befehlshaber in Ost-Berlin verloren hat, könnte von anderen Diensten angeworben werden. „Ich will verhindern, daß der sowjetische KGB die übernimmt“, heißt Stavenhagens Ziel, „ich will, daß die sich offenbaren.“

Das Kalkül manches Agenten, im Einigungsrausch unentdeckt davonzukommen, soll aber nicht aufgehen: „Die Hoffnung muß man denen nehmen. Von drüben wird immer mehr berichtet.“

Um den einstigen MfS-Helfern das Bekenntnis zu erleichtern, haben sich Koalitionspolitiker erste Gedanken über eine Amnestie gemacht. Nach geltendem Recht kann schon auf Strafmilderung bauen, wer sich reuig den Behörden offenbart oder andere verpfeift. „Aber ich will mehr Straffreiheit“, so Stavenhagen, „für solche Fälle.“

Noch ist der Wille des Staatsministers nicht Konsens in Bonn. Zwar haben Bonner Unterhändler schon mit der DDR-Regierung über ihre Absichten gesprochen. Aber noch ist nicht entschieden, wie weit eine Straffreiheit reichen soll. Kanzleramt und Innenminister Wolfgang Schäuble setzen den zuständigen FDP-Justizminister Hans Engelhard unter Druck. Der reagiert zögerlich.

„Wir werden etwas machen müssen“, so ein Experte des Justizressorts, „aber das wirft tatsächlich und rechtlich ungeheure Probleme auf.“

Sollen nur DDR-Bürger, die ihrem Land dienten, straffrei ausgehen, nicht aber die Sekretärin aus der Bundesrepublik, die etwa aus Liebe zu einem eingeschleusten Romeo ins Stasi-Netz geriet?

Können sich auch die zahlreichen Spitzel freuen, die in der DDR Nachbarn oder Arbeitskollegen durch Berichte an die Stasi um Berufs- und Lebenschancen oder gar ins Gefängnis brachten? Was ist mit denen, die Demonstran-

ten prügeln oder Häftlinge mißhandeln? Müssen die Mauerschützen, die auf Befehl Flüchtlinge töteten oder verletzten, noch mit einem Verfahren rechnen? Werden auch jene zur Rechenschaft gezogen, die an den Schreibtischen die Befehle ausgaben und die politische Verantwortung trugen?

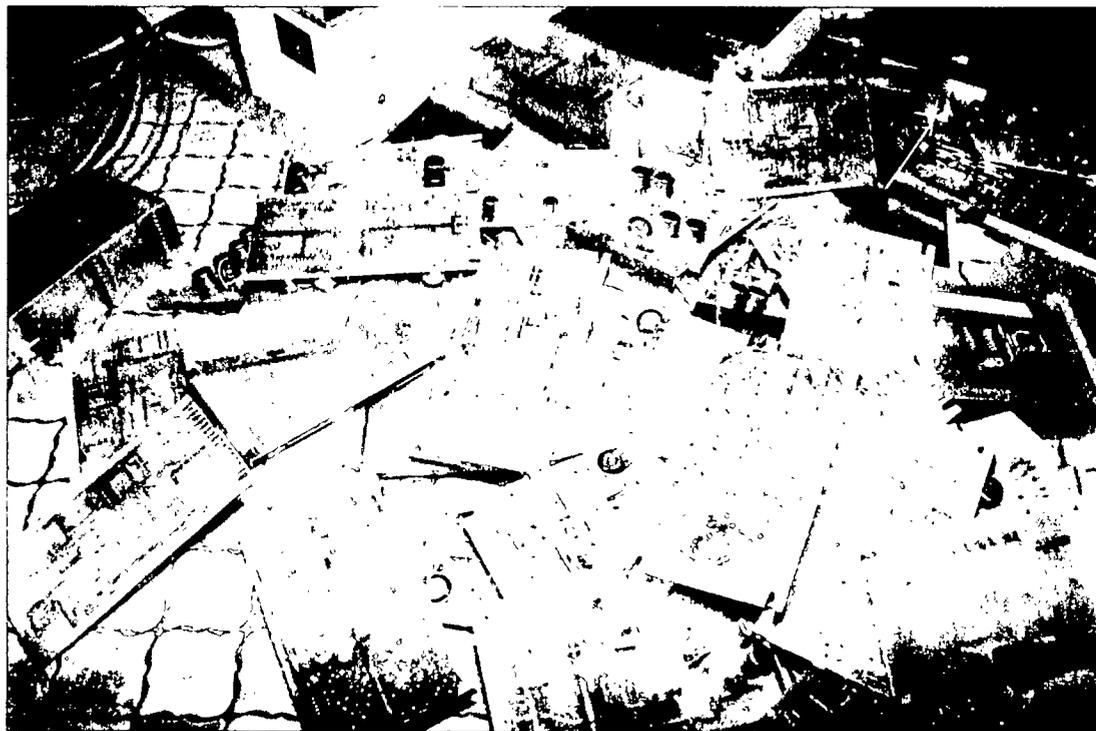
Soll also bei einem geschichtlichen Neuanfang die Vergangenheit strafrechtlich bewältigt oder nachsichtig beerdigt werden?

Ein Neuanfang ist in der Geschichte am Ende von Kriegen oder Diktaturen meist die Regel. Ungesühnt blieben nach dem Machtwechsel die Verbrechen unter Francos Herrschaft in Spanien und oft auch die Greuel südamerikanischer Potentaten.

In den USA wurde nur das Massaker von My Lai, eine von vielen Brutalitäten des Vietnamkriegs, geahndet – obwohl seit den Nürnberger Prozessen gegen Nazi-Obere „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ völkerrechtlich als Straftatbestand anerkannt sind.

Mancher in Bonn findet die Eile unpassend, mit der jetzt die jüngste deutsche Vergangenheit bewältigt werden soll. Schließlich seien bisher die Untaten des einstigen DDR-Regimes noch gar nicht aufgeklärt. FDP-MdB Burkhard Hirsch: „Laßt denen die Chance, ihren Frieden zu finden.“

Experten in Regierung und Opposition fürchten gleichermaßen, mit einer Amnestie für einzelne Tätergruppen werde nicht der Rechtsfrieden wiederhergestellt, sondern durch ungleiche Behandlung neues Unrecht geschaffen.



Stasi-Abhörzentrale (in Halle): Amnestie ohne Ansehen der Herkunft?